StopEPA-Kampagne

e-Newsletter No. 10

März 2008

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe UnterstützerInnen und Interessierte,

Der Stichtag für den Abschluss der EPA-Verhandlungen ist zwar am 31.12 2007 verstrichen, aber von den 78 AKP-Staaten haben gerade einmal 35 Länder unterzeichnet, 20 davon ein Zwischenabkommen, dass ausschließlich den Güterhandel betrifft. Die Verhandlungen zwischen der EU und den AKP- Staaten gehen also weiter. Zeit, sich weiterhin gegen reine Freihandelsabkommen und für Abkommen mit Entwicklungsorientierung einzusetzen.

Wir wünschen Euch/Ihnen eine anregende Lektüre.

Viele Grüße vom StopEPA-Kokreis

Weitere Informationen zur Kampagne bei der **Koordination Südliches Afrika (**KOSA), August-Bebel-Str. 62, 33602 Bielefeld, Tel.: 0521-9864851, Fax: 0521-63789 E-Mail: post@stopepa.de

Falls Sie den e-Newsletter nicht weiter beziehen möchten, senden Sie bitte eine kurze e-mail an post@stopepa.de. Wir werden Sie dann aus dem Verteiler löschen.

---------- **Inhalt** ----------

1. Der Stand der Dinge – ein Erfolg?
2. Reaktionen der Zivilgesellschaft und Politik
3. Wie geht's weiter?
4. Veranstaltungs- und Aktionshinweise/ Links

---

1. Der Stand der Dinge – ein Erfolg?

Der 31. 12. 2007 als Stichtag für die EPA-Verhandlungen ist für die Mehrheit der AKP-Staaten ohne umfassende abschließende Vertragsregelungen mit der EU vergangen. Von 78 AKP-Staaten haben 35 unterschrieben: fünfzehn Staaten aus der Karibik, zwei aus der Pazifik-Region und 18 Länder aus Afrika.

„Afrika hat Nein! gesagt", so schrieb Ignacio Ramonet in der *Le Monde diplomatique*, „Nein zu der Zwangsjacke regionaler Economic Partnership Agreements (EPA). Nein zur ungezähmten Liberalisierung des Handels mit Waren und Dienstleistungen." (Le Monde diplomatique Nr. 8476 vom 11.1.2008, S.1). Hier zeigt sich zum einen das (neue) Selbstbewusstsein, dass Afrika auf dem internationalen Parkett hinzu gewonnnen hat. Zum anderen macht es der EU deutlich, dass sich eine Vielzahl von Ländern aus Afrika trotz des massiven Drucks von Seiten der EU nicht einschüchtern lassen.
Die Aussage Ramonets kann aber nicht darüber hinweg täuschen, dass für viele AKP-Staaten der Verlauf der letzten Wochen des vergangenen Jahres vermutlich schwerwiegende negative Folgen nach sich ziehen wird: Mit den Interimabkommen wurde im Eilverfahren die Grundlage für die gegenseitige Liberalisierung des Güterhandels vereinbart. Und die meisten AKP-Staaten haben sich dazu verpflichtet, in 2008 auch über Themen wie Dienstleistungen, Investitionen und öffentliches Beschaffungswesen zu verhandeln – obwohl dies vom zugrunde liegenden Cotonou-Abkommen nicht gefordert wird. Durch den Zeitdruck konnte keine sorgfältige Überprüfung der möglichen Auswirkungen auf die einzelnen AKP-Staaten erfolgen. So genannte „Schutzklauseln", die Kleinindustrie und Gewerbe vor der übermächtigen EU-Konkurrenz schützen sollen, fehlen bzw. werden als nicht ausreichend angesehen. Die EU dagegen ist keine klare Verpflichtungen eingegangen: weder streicht sie Subventionen noch hat sie verbindliche Zusagen zur Entwicklungsfinanzierung gegeben. Zudem sind die EPA-Regionen in Afrika durch die Interimabkommen völlig zerstückelt, sodass das Ziel einer regionalen Integration und einer Förderung des Süd-Süd Handels zu gegenwärtigen Zeitpunkt völlig gescheitert ist.
Die Unterzeichnung der Interimsabkommen und erst recht der umfassenderen EPAs bedeutet also nach wie vor die Gefährdung einer nachhaltigen, sozialwirtschaftlichen und ökologischen Entwicklung.

Afrika & Pazifik

Das Bild in Afrika und in der Pazifik- Region stellt sich komplex und diffus[1] dar. Die Unterzeichnung der Interimabkommen von 18 afrikanischen und 2 pazifischen Staaten, die sich ausschließlich auf die Liberalisierung des Warenhandels beziehen, muss vor dem Hintergrund des massiven Drucks gesehen werden, den die EU auf die AKP- Staaten ausgeübt hatte, als gegen Ende des Jahres klar wurde, dass die Verhandlungen über die vollständigen EPAs am Widerstand Afrikas scheitern würden. Daraufhin drohte die EU mit einer Erhöhung der Importzölle und einer „Umschichtung" der Entwicklungshilfezahlungen aus dem EDF (Europäischer Entwicklungsfonds).
Diesem Druck sahen sich insbesondere Nicht-LDCs ausgesetzt, also jene Staaten (DCs), deren Pro Kopf Einkommen über 900$/Jahr liegt. Sie liefen Gefahr, nach dem 31.12.07 erhöhte Zollsätze für ihre Einfuhren in die EU zu zahlen und damit auf dem EU-Markt nicht mehr konkurrenzfähig zu sein. LDCs dagegen profitieren von der seit 2000 geltenden„Eyerything but Arms"-Initiative. Sie garantiert den LDCs zoll- und quotenfreien Zugang zum europäischen Markt, auch wenn völlig unzureichende Ursprungs- und Kummulationsregeln den Export nach Europa behinderten.

[1] Welches Land im Einzelnen unterzeichnet hat und wie die Interimsabkommen ausgestaltet sind, entnehmen sie dem Newsletter No.9

Dennoch haben nicht alle DCs unterschrieben. Dazu zählen Südafrika und Nigeria, vor allem aber alle Länder der westafrikanischen Wirtschaftszone (ECOWAS). Angola, Gabun, die Republik Kongo sowie zahlreiche (Insel-)Staaten im Pazifik, die ebenfalls nicht unterzeichnet haben, sind nun in erster Linie von den drastischen Erhöhungen der Zölle auf ihre Exportgüter nach Europa betroffen..

Karibik

Die karibische Wirtschaftszone CARIFORUM[2] hat sich den Interessen der EU gebeugt, indem sie einen umfassendenEPA-Vertrag mit der EU abgeschlossenen und damit einer weitgehenden Öffnung ihrer Märkte für europäische Waren, sowie umfassenden Regelungen zur Öffnung des Dienstleistungssektors, der Liberalisierungen ausländischer Investitionen und dem Schutz geistigen Eigentums in Kauf genommen hat. Auch wenn der EU-Handelskommissar Mandelson das als einen historischen Schritt bezeichnet, indem er die Einmaligkeit dieser reziproken Wirtschaftsbeziehungen zwischen einem „entwickelten“ und einem „sich entwickelnden“ Wirtschaftsraum anpreist und die Möglichkeit hervorhebt, dass sich schon bald eine ökonomische gestärkt Karibik in das globale Wirtschaftgeflecht integrieren und darüber hinaus einen lukrativen Investitionsraum für ausländische Unternehmen darstellen könne, so kommt dieses Abkommen im überwiegenden Maße doch der EU zu gute. Die nämlich profitieren von einem ungehinderten Warenfluss, dem Schutz der europäischen Innovationen und der Möglichkeit von gewinnbringenden Investitionen auf liberalisierten Märkten.
Während der EU- Handelkommissar also von einem historischen Ereignis und der Chance auf dauerhafte Entwicklung spricht, bewertet der Präsident Guyanas Bharrat Jagdeo die Situation ganz anders. Im Gegensatz zu anderen Staatsoberhäuptern aus der Region, die von dem „besten Ergebnis in einer schlechten Situation“ sprechen, erkennt der Wirtschaftswissenschaftler im Karibik-EPA nicht im Ansatz positive Aspekte. Das Abkommen, welches die Interessen der EU widerspiegele, sei mit dem „Rücken zur Wand“ und ohne die Möglichkeit einer tiefgehenden Prüfung unterzeichnet worden. Zudem habe die Verhandlungsstrategie der Europäer darauf abgezielt, die Position der AKP- Staaten zu schwächen, indem mit den 6 Wirtschaftsregionen separat verhandelt worden ist und diese dann gegeneinander ausgespielt worden seien. Die ökonomischen Konsequenzen, die sich aus dem Vertragsabschluss nun ergäben, seien im einzelnen noch nicht abzusehen, jedoch sei der Wechsel von der präferenziellen zu einer reziproken Handelsbeziehung der Hauptaspekt, welcher die wirtschaftlichen Probleme auslösen würde. Klar sei auch, dass sich die Staatseinnahmen verringern würden, beispielsweise sei der Wegfall des Ertrages aus den Importzöllen nicht kompensierbar.

2. Reaktionen der Zivilgesellschaft und Politik

Die Unterzeichung der Interimsabkommen löste eine Vielzahl kritischer Reaktionen aus. So befürchtet der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) durch die vereinbarten Interimsabkommen einen Anstieg der Arbeitslosigkeit und einen Rückgang der Handelserträge in den einzelnen Staaten. Der Gewerkschaftsverbund fordert stattdessen die Integration einer „sozialen Dimension“, die den Schutz von Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen gewährleistet.
Der Botschafter Mauritius in der EU, Satiawan Gunessee, beschreibt das Zustandkommen der Interimsverträge kurz vor Ablauf des Ultimatums als einen ausgesprochen angespannten Prozess. Neben der ausgesprochen knappen Zeitspanne, die den Einzelstaaten zur Prüfung der IEPAs zur Verfügung gestanden hätte, habe sich die Verhandlungsatmosphäre durch die Drohung der EU, Strafzölle zu erheben, weiter verschlechtert. Für das Jahr 2008 erhofft er sich faire Gespräche auf Augenhöhe, die Berücksichtigung der Interessen der AKP- Staaten, ein

[2] die 15 karibischen Länder setzten sich aus 14 DC und einem LDC (Haiti) zusammen

Ende des von der EU erzeugten Druckes und den politischen Willen einer nachhaltigen Entwicklungspolitik.

Das genau das nicht eintreten könnte, prophezeit der italienische MEP Vitorrio Agnoletto, der eine Änderung der Taktik der EU von einer Verhandlung auf multilateraler Ebene mit den 6 Wirtschaftzonen, hin zu einer bilateralen Verhandlung mit Einzelstaaten beobachtet hat: „Von dieser ‚Teile- und Herrsche- Strategie' wird die EU auch in Zukunft nicht abweichen." Resultat dieser neuen Verhandlungstaktik ist die Spaltung der einzelnen Wirtschaftsregionen der AKP-Staaten. Da ironischerweise die regionale Integration ein ursprüngliches Ziel der EPAs war, ist diese Entwicklung ein weiteres Indiz für die Strategie der EU ihre Wirtschaftsinteressen gegen alle Widerstände durchzusetzen. Sie entlarve zudem die vorgeschobene Rhetorik der EU, nach der die EPAs ein unentbehrliches Instrument zur wirtschaftlichen Entwicklung seien, gerade weil sie die regionale Kooperation förderten.

Widerstand also ist von Nöten und wird weltweit fortgesetzt. So demonstrierte ein breites gesellschaftliches Bündnis am 7. Januar in Dakar im Senegal gegen den jetzigen Stand des Verhandlungsprozesses und die Politik der EU. Am 11. Januar versammelten sich nach einem Aufruf der afrikanischen Diaspora in Europa hunderte von Demonstranten vor dem Sitz der Europäischen Kommission in Brüssel, um ihre Stimme gegen die EPAs zu erheben. Auch bei einem Treffen zwischen südafrikanischen und europäischen Abgeordneten am 6. Februar in Kapstadt, bei dem unter anderem über das EPA zwischen der EU und der Southern African Development Community (SADC) diskutiert wurde, zeigte sich der Widerstand deutlich. Ein hochrangiger Abgeordneter der ANC warf der EU eine neokoloniale Interessenpolitik vor, die das Ziel habe, Afrika weiter in eine wirtschaftlich Abhängigkeit zu drängen. „Afrikas geschwächte wirtschaftliche Situation nutzt die EU aus, indem sie nur die „Krümel" vom Tisch des wirtschaftlichen Wohlstands anbietet und die Afrikaner nicht als gleichwertige Verhandlungspartner akzeptieret. Durch die Art der Verhandlung werde die afrikanische Einheit gesprengt und die SADC gefährdet", so der Abgeordnete des ANC weiter. (vgl. http://www.businessday.co.za/articles/dailymailer.aspx?ID=BD4A700747)

Darüber hinaus zeigte sich die Afrikanische Union (AU) während ihres Gipfels im Februar in Addis demonstrativ geschlossen und sprach sich für eine rasche Fortführung der Verhandlungen zu den EPAs unter Berücksichtigung der auf dem Lissabon-Gipfel geäußerten Bedenken der afrikanischen Präsidenten aus. Sie begrüßten zudem den Vorschlag des EU-Kommissionspräsidenten Barosso, die Verhandlungen auf höchster politischer Ebene fortzuführen.
Gleichzeitig rief die AU die Einzelregionen Afrikas dazu auf nur solche EPAs zu akzeptieren, die mit den Zielen regionaler Integration einhergingen. Auch die Botschafter der AU in Brüssel betonten den Wunsch der afrikanischen Länder, neu über die EPAs zu verhandeln und äußerten ihre Hoffung darüber, dass Europa endlich dazu bereit sei, die Verhandlungen an dem Leitziel einer nachhaltigen Entwicklung und regionalen Stärkung Afrikas auszurichten (vgl. Agence Europa 22/2/08).
Neben dem Widerstand auf höchster politischer Ebene riefen auch im Rahmen eines Treffens des African Trade Network (ATN) in Kapstadt zivilgesellschaftliche Akteure dazu auf, die EPAs in ihrer derzeitigen Form zu stoppen. Insbesondere in den AKP-Regionen müsse der Widerstand weiter organisiert werden und Druck auf die Regierungen ausgeübt werden, damit diese für EPAs eintreten, die den Entwicklungszielen Afrikas tatsächlich entgegenkommen (vgl. www.ipsnews.net /"TRADE-AFRICA: International Call for Action Against EPAs" /Feb.25/ Miriam Mannak, ATN-Erklärung: www.stopepa.de).

3. Wie geht's weiter?

Auf dem EU-Gipfel in Lissabon im Dezember vergangenen Jahres schlug EU-Kommissionspräsident Barroso vor, zur weiteren Diskussion der bereits abgeschlossenen Interim-EPAs auch auf höchster Ebene Gespräche mit den EPA-Regionen Afrikas zu führen. Bis zum jetzigen Zeitpunkt allerdings hat er noch keinen Termin für solche Verhandlungen vorgeschlagen. Die AU und auch die deutsche Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul unterstützen diesen Vorschlag (www.stopepa.de/material.html).
Zur Zeit tourt der EU-Handelskommissar Peter Mandelson durch die Region des südlichen Afrika. Der Versuch insbesondere die Republik Südafrika davon zu überzeugen, wieder an den SADC-EPA Verhandlungen teilzunehmen, schlug allerdings bisher fehl. Innerhalb der SADC scheinen immer häufiger Spannungen über den weiteren Verlauf der Verhandlungen aufzutretenden, die sich zwischen Namibia und Südafrika einerseits und Botswana, Lesotho und Swaziland anderseits zeigen.
Während die derzeitigen Verhandlungen also kaum Neuerungen bringen, bekräftigte Mandelson noch einmal, dass die Öffnung bereits abgeschlossener Interim-EPAs (5 von insgesamt 7 Ländern in dieser Gruppe haben IEPAs unterschrieben) nicht in Frage kommen würde. Auch an dem Zeitplan, die vollständigen EPAs bis zum Ende des Jahres unterschreiben zu wollen, werde festgehalten. Dies steht allerdings im Widerspruch zu den Aussagen von EU-Präsident Barroso und es bleibt abzuwarten, wer sich hier letztendlich durchsetzen wird.

4. Aktionshinweise und Links.

Am 05. März wurde ein von 78 Organisationen unterzeichneter Brief an den EU-Präsidenten Barroso sowie an die Regierungschefs der EU-Länder verschickt mit der Bitte, sich u.a. für eine Neuverhandlung der Interimabkommen einzusetzen und die Bedenken der AKP-Staaten endlich ernst zu nehmen. Mitte März treffen sich VertreterInnen der europäischen StopEPA-Kampagne um weitere gemeinsame Aktivitäten abzustimmen.

Der Brief der internationalen StopEPA-Kampagne an EU-Präsident Barroso
https://sslsites.de/stopepa.de/img/Letter_to_Barroso_080305.pdf

Offener Brief zivilgesellschaftlicher Organisationen aus Namibia an Handelskommissar Peter Mandelson
https://sslsites.de/stopepa.de/img/Namibia_OPEN%20LETTER%20TO%20THE%20EUROPEAN%20TRADE%20COMMISSIONER.pdf

Erklärung des Africa Trade Network zu den Interim EPAs
https://sslsites.de/stopepa.de/img/ATN_Declaration_EPAs_Capetown_Feb_22_2008.pdf

Das vollständige CARIFORUM- EPA
http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2008/february/tradoc_137971.pdf

Der „First-Action-Plan(2008-2010)", der zwischen EU und AU im Dez. letzten Jahres in Lissabon ausgearbeitete wurde. Themen, die Handel und die EPAs betreffen, finden sie auf den Seiten 16-17, 26, 58-64
http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/08/st07/st07204.en08.pdf

Oxfam International: Eine erste Bewertung der Interimabkommen (Dezember 07)
https://sslsites.de/stopepa.de/img/Oxfam_International_Evaluation_Of_InterimEPAs.pdf

Informationen über EPA- Karibik
http://www.stabroeknews.com/index.pl/article_general_news?id=56537705

Standpunkte französischer Wirtschaftswissenschaftler
http://www.ipsterraviva.net/Africa/viewstory.asp?idnews=1664

Stellungnahme und Beschlüsse der AU zu EPAs:
https://sslsites.de/stopepa.de/img/AU_Assembly_Addis_February_2008.pdf

Standpunkte der AU
http://www.afrol.com/articles/27837

Photos of the demonstration in Dakar on 7 January:
http://www.peaceactionsolidaire.org/spip.php?article80

Bilder vom Protest am 11. Januar in Brüssel
http://www.indymedia.be/nl/node/25521

Erklärung zivilgesellschaftlicher Organisationen zum EU-Afrika Gipfel in Lissabon.
https://sslsites.de/stopepa.de/img/Lisbon_Final_DeclarationEN.pdf

Reaktion der EU auf Proteste Mitte Januar:
http://ec.europa.eu/trade/issues/bilateral/regions/acp/pr110108_en.htm

Where do we stand? Ausführungen des European Centre for Development Policy Management
Document (EN): ECDPM_31-01-08_EPA Negotiations - Where do we stand_final.pdf
External link (EN): http://www.acp-eu-trade.org/epa